



Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Abgeordneten Mag. Ines ANGER KOCH und Dr. Wolfgang AIGNER, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 23.11.2006 zu Post 2 der Tagesordnung,

betreffend Ausbau schulbegleitender Jugendarbeit

Eine erfolgreiche und für Schüler/innen erfreuliche Schullaufbahn ist gerade von den Rahmenbedingungen abhängig. Neben infrastrukturellen, pädagogischen und personellen Aspekten geht es auch darum, durch geeignete Angebote und Maßnahmen in den Wiener Schulen ein solides soziales Umfeld zu schaffen. Für die Stadt Wien ergibt sich daraus die Verpflichtung, ausreichende personeller Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Dieser Verpflichtung scheint Wien zum jetzigen Zeitpunkt nicht in ausreichendem Maße nachzukommen. So hat beispielsweise bereits in den letzten Jahren die Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft in ihren Berichten die personelle Ausdünnung der Jugendwohlfahrt beklagt. Sie hat davor gewarnt, dass dadurch der Auseinandersetzung mit neuen Phänomenen und Problemen immer weniger Rechnung getragen wird und die Zusammenarbeit mit den einzelnen Schulen deswegen zu kurz kommen könnte. Ähnliche Kritik wurde von der Wiener Volksanwaltschaft in ihrem letzten Bericht geübt.

Erfolgreicher Schulunterricht kann sich nur dann einstellen, wenn bestehenden Phänomenen und Problemen in und außerhalb der Schulen konsequent entgegen gewirkt wird. Es erscheint daher dringend geboten, das begleitende soziale, psychologische Betreuungsangebot an Schulen auszuweiten. Ebenso sollten die Ressourcen und Angebote im Bereich der Jugendwohlfahrt weiter aufgestockt werden.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Landtag möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin für Bildung, Jugend, Information und Sport wird ersucht, in Absprache mit anderen verantwortlichen Institutionen folgende Maßnahmen zum Ausbau des schulischen Betreuungsangebots und der Jugendwohlfahrt zu setzen:

- Abstellung von Schulpsycholog/innen durch den Psychosozialen Dienst an jeden Wiener Schulstandort
- Ausbau der Schulsozialarbeit durch die Sozialarbeiter für jeden Schulstandort über die MA 11
- Schaffung eines flächendeckenden Angebots an Schulmediation in allen Wiener Bezirken und Finanzierung dieses Angebots aus dem Zentralbudget der Stadt Wien

- Personelle, finanzielle und materielle Aufstockung der für die Arbeit im Bereich der Jugendfürsorge verantwortlichen Abteilungen der Stadt Wien um 30 %
- Erhebung des Bedarfs an mobiler Jugendarbeit in den einzelnen Bezirken und Ausbau der mobilen Jugendarbeit auf Basis der Ergebnisse

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 23. November 2006

Allegretti
Wolff *W* *Wolff*
Wolff *Wolff*